

## Pressemitteilung

Potsdam, 17. Juni 2020 / 080

### Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke erinnert an den 17. Juni 1953

Bei Rückfragen wenden  
Sie sich bitte an:

Dr. Mark Weber  
Pressesprecher des Landtages

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1002  
Mobil 0177 30 67 565  
Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de  
www.landtag.brandenburg.de

„Heute vor 67 Jahren, am 17. Juni 1953, gingen rund eine Million mutige Frauen und Männer mit ihren Forderungen nach Freiheit und Demokratie, nach freien Wahlen und einem vereinten Deutschland auf die Straße. Nicht nur in Berlin, sondern an 700 Orten der DDR gab es Generalstreik und Demonstrationen bis sowjetische Panzer und Soldaten die Kundgebungen beendeten. 55 Menschen wurden getötet, Hunderte schwer verletzt, 1.526 angeklagt und meistens zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Diktatur hatte den Volksaufstand niedergeschlagen. Aber: Über die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit hatte sie keine Macht. Der Freiheitswille lässt sich nicht brechen. Nicht im Volksaufstand 1956 in Ungarn, auch nicht 1968 in Prag, als Kampftruppen aus der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn und Polen mit Gewalt die reformkommunistische Bewegung des ‚Prager Frühlings‘ in der damaligen ČSSR niedergeschlagen hatten. Es sollte noch 36 Jahre dauern, bis die Menschen im ehemaligen Ostblock mit ihren überwiegend friedlichen Revolutionen die kommunistischen Diktaturen überwunden und Freiheit und Demokratie erkämpft hatten. Ein langer Weg, der in Deutschland mit dem Volksaufstand am 17. Juni begonnen hatte.

Die Erinnerung an diesen historischen Tag in der deutschen Geschichte bringt uns heute ins Bewusstsein, was es bedeutet, in einer freien demokratischen Gesellschaft zu leben – zugewandt, weltoffen, tolerant, mit der Chance auf gesellschaftliche Teilhabe für alle. Ohne Rassismus, ohne Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Der 17. Juni macht uns bewusst, dass es sich für Freiheit und Demokratie zu kämpfen lohnt. Auch heute noch. Weil Demokratie, nachdem sie einmal erkämpft ist, nicht einfach von selber bleibt. Dafür ist unser politisches und gesellschaftliches Handeln gefordert. Weil Freiheit und Verantwortung zusammengehören, müssen wir unsere Demokratie streitbar und lebendig gestalten. Um sie zu bewahren.“